



Der Minister

Ministerium des Innern NRW, 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags  
Nordrhein-Westfalen  
Herrn André Kuper MdL  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder  
des Innenausschusses

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
17. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**17/5605**

A09

30. August 2021

Seite 1 von 9

Telefon 0211 871-1951

Telefax 0211 871-3231

**Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021**  
**Antrag der Fraktion der SPD vom 20.08.2021**  
**„Ausschreitungen in Düsseldorf und Köln“**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

zur Information der Mitglieder des Innenausschusses des Landtags über-  
sende ich den schriftlichen Bericht zum TOP „Ausschreitungen in Düssel-  
dorf und Köln“.

Mit freundlichen Grüßen

  
Herbert Reul

Dienstgebäude:  
Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:  
Fürstenwall 129  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355  
poststelle@im.nrw.de  
www.im.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:  
Rheinbahnlinien 732, 736, 835,  
836, U71, U72, U73, U83  
Haltestelle: Kirchplatz



**Schriftlicher Bericht**  
**des Ministers des Innern**  
**für die Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021**  
**zu dem Tagesordnungspunkt**  
**„Ausschreitungen in Düsseldorf und Köln“**

Antrag der Fraktion der SPD vom 20.08.2021

Zu den Einsätzen in Düsseldorf und Köln berichtet mir das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) wie folgt:

**Einsatz in Düsseldorf**

Die Kreispolizeibehörde (KPB) Düsseldorf ist im Rahmen der Präsenzkonzeption grundsätzlich im Bereich der Altstadt mit starken eigenen Kräften sowie der Bereitschaftspolizei (BP) vor Ort.

Am Samstag, den 14.08.2021 erhielt ein Funkstreifenwagen (FuStKw) der KPB Düsseldorf gegen 18:32 Uhr den Einsatzauftrag zur Bolker Straße zu fahren. Dort liege eine Person auf dem Boden und bräuchte medizinische Hilfe. Die Polizeivollzugsbeamten (PVB) trafen binnen Minutenfrist am Einsatzort ein. Ein Mann lag am Boden, wurde jedoch bereits von einer offenbar sachkundigen Person betreut, wodurch Erste-Hilfe-Maßnahmen der PVB nicht erforderlich waren. Das Einsatzgeschehen zog eine große Anzahl von vor Ort befindlichen Menschen an. Bei Eintreffen des Rettungswagens (RTW) der Feuerwehr und der beginnenden Erstversorgung erweckte die Situation die Aufmerksamkeit weiterer



Besucher. Bei diesen Besuchern handelte es sich um eine große Personengruppe, bestehend aus jungen Menschen, augenscheinlich überwiegend mit Migrationshintergrund. Um einen ordnungsgemäßen Rettungseinsatz vor Ort zu gewährleisten, entschlossen sich die PVB den unmittelbar notwendigen Bereich abzusperren. Für diese Maßnahme forderten sie weitere Kräfte an. Ein FuStKw traf unmittelbar, zwei weitere binnen Minutenfrist ein. Die FuStKw und der RTW wurden in die Absperrung integriert. Im Verlauf dieser Maßnahme durchquerte eine Gruppe von sechs Jugendlichen den Zwischenraum zwischen dem RTW und einem FuStKw. Sie wurden angesprochen und eindringlich aufgefordert, den Bereich zu verlassen.

Hierbei zeigte sich einer der Jugendlichen gegenüber den einschreitenden PVB verbal aggressiv, kam den Aufforderungen nicht nach und musste aus dem Bereich geschoben werden. Daraufhin baute er sich gegenüber den einschreitenden PVB auf. Er breitete seine Arme aus und ging auf einen Beamten bis auf wenige Zentimeter zu. Der Jugendliche wurde erneut zurückgedrängt, woraufhin dieser den Beamten schubste, dann Anlauf nahm, um gegen dessen Körper zu springen. Der Jugendliche konnte noch während des Angriffs ergriffen, zu Boden gebracht und dort fixiert werden. Die Gruppe der umstehenden Jugendlichen solidarierte sich erkennbar mit dem Störer durch lautstarkes Grölen.

Bei Eintreffen des Dienstgruppenleiters (DGL) vor Ort wurde der Ereignisort durch Polizeiketten abgesperrt. Die verletzte Person wurde vom Rettungsdienst in den RTW verbracht und anschließend in ein Krankenhaus überführt. Auch der jugendliche Täter wurde aus dem Blick der Schaulustigen separiert, in einen FuStKw und sodann zur Wache verbracht. Hierbei leistete der Täter keinen weiteren Widerstand. In der Folge beruhigte sich die Situation vor Ort. Eine Gruppe von bis zu 150 Jugendlichen zog sich vom Ereignisort zurück und sammelte sich im Bereich der



Neustraße. Kräfte der Bereitschaftspolizei (BP) wurden hinzugezogen, daraufhin setzte eine deutliche Abwanderungstendenz in der Gruppe ein. In das oben beschriebene Einsatzgeschehen waren die Mitarbeiter des Kommunalen Ordnungsdienstes nicht eingebunden.

Die KPB Düsseldorf reagierte im Nachgang zu diesem Wochenende unmittelbar auf die Problemstellungen in der Altstadt mit einer Kräfteerhöhung im Rahmen der bereits bestehenden tragfähigen Präsenzkonzeption. Darüber hinaus wurden Bereiche, an denen sich an den letzten Wochenenden größerer Personengruppen aufgehalten hatten, großflächig durch zwei zusätzliche Lichtmastkraftwagen ausgeleuchtet. In Zusammenarbeit mit der Stadt Düsseldorf wird zurzeit ein erweitertes Beleuchtungskonzept im Bereich des Mannesmannufers sowie eine gemeinsame Anlaufstelle im Bereich der Altstadt abgestimmt. Das Thema Altstadt wurde zudem in den Kriminalpräventiven Rat eingebracht. Ein Präventionsprojekt mit der Zielgruppe „junge Menschen mit Migrationsgeschichte“ befindet sich in der Entwicklung. Daneben befindet sich die Erweiterung der Videobeobachtung in der Düsseldorfer Altstadt kurz vor dem Abschluss. Zukünftig sollen im Altstadtbereich vermehrt Bereichsbetreuungsverbot ausgesprochen werden.

Das Einsatzgeschehen der Wochenenden wird regelmäßig in verschiedenen Gremien nachbereitet und ein gemeinsames Vorgehen abgesprochen. Dies erfolgt insbesondere auf der Ebene der operativ Verantwortlichen von Polizei und Ordnungsamt sowie weiterer städtischer Dienststellen, ebenso unter Beteiligung einer Vertreterin der Altstadtwirte und eines Vertreters der Altstadtgemeinschaft als Sprecher der Bürgerschaft. Derzeit werden neben den bereits zuvor erläuterten auch verschiedene weitere Maßnahmen (u.a. Ausstattung des Ordnungsdienstes mit Lautsprecheranlagen zu weithin vernehmbaren Sicherheits- und Hinweisansagen) durch die Stadt Düsseldorf geprüft. Bereits zu Beginn des Jahres wurde



eine personelle Aufstockung des Außendienstes des Kommunalen Ordnungsdienstes um 150 Mitarbeiter initiiert.

Seite 5 von 9

## **Einsätze in Köln**

Auch die KPB Köln ist grundsätzlich im Bereich der Ordnungspartnerschaft Ringe „OPARI“ mit starken eigenen Kräften sowie der Bereitschaftspolizei (BP) im Rahmen der Präsenzkonzeption gemeinsam mit den Ordnungskräften der Stadt Köln vor Ort. Bereits vor dem der Berichtsbearbeitung zu Grunde liegenden Tötungsdelikt wurde der Bereich der Zülpicher Straße in die Ordnungspartnerschaft mit aufgenommen. Damit wurde zeitgerecht auf den starken Zulauf an feierwilligen Menschen sowie die Verlagerung eines Klientels mit deutlich gesteigerter Aggressionsbereitschaft in diesem Bereich reagiert. Da das Präsenzkonzept starke Polizeikräfte in „Brennpunkten“ sowie „Räumen polizeilicher Schwerpunktsetzung“ vorsieht, führt die Einbeziehung des Zülpicher Viertels in das Konzept zu einer erhöhten Anzahl von sofort vor Ort verfügbaren Einsatzkräften.

Am Samstag, den 31.07.2021 erhielt die Leitstelle der KPB Köln gegen 02:34 Uhr über einen Notruf Kenntnis von einer sogenannten Messerstecherei in Höhe der Zülpicher Straße 48. Zu den Umständen des gewaltsamen Todes eines 18-Jährigen in der Nacht vom 30. auf den 31.07.2021 auf der „Partymeile“ Zülpicher Straße und dem diesbezüglichen Ermittlungsstand verweise ich auf den nichtöffentlichen Bericht für die Sitzung des Innenausschusses am 02.09.2021 zum Tagesordnungspunkt „Tödliche Messerattacke in der Zülpicher Straße - Wie ist es um die Sicherheit vor Ort bestellt?“.

Für den Bereich Zülpicher Platz werden von der Kommune derzeit verschiedene Maßnahmen sowohl baulicher als auch ordnungsrechtlicher



Art geprüft. Es wurde die Arbeitsgruppe (AG) „Zülpicher Platz und Umgebung“ eingerichtet. Dieser AG gehören neben der Stadt die Polizei, die Kölner Verkehrsbetriebe (KVB), Vertreter der Gastronomie, Kioske, Bürgerinnen und Bürger sowie weitere Beteiligte an. In dieser AG werden von allen Beteiligten Maßnahmen entwickelt, die kurz-, mittel- und langfristig greifen sollen, um eine deutliche Verbesserung der Aufenthalts- und Lebensqualität in dem Bereich zu erzielen. Angelehnt ist die AG an die vorhandene Struktur der AG „Neumarkt“, welche bereits eine „Lokale Agenda“ mit zahlreichen Maßnahmen entwickelt hat, die entweder bereits umgesetzt wurden oder sich in der Umsetzung befinden. Die AG „Zülpicher Platz und Umgebung“ wird vom Kriminalpräventiven Rat Köln organisiert und arbeitet dem „Fachkreis Plätze mit besonderem Handlungsbedarf“ zu, welcher unmittelbar der Stadtdirektorin unterstellt ist und die vorgeschlagenen Maßnahmen entweder in die erforderlichen Entscheidungsgremien einbringt oder direkt die Umsetzung der Maßnahmen auslöst.

Am Abend des 14.08.2021 hielten sich ca. 1.000 Personen in einem Bereich der Parkanlage Aachener Weiher auf, die sich in Gruppen auf dem Parkgelände verteilten. Gegen 22:51 Uhr bestreiften PVB der Polizeiwache (PW) Sülz den Bereich der Parkanlage mit dem FuStKw. Bis zu diesem Zeitpunkt sind an diesem Abend keine Straftaten oder polizeilichen Einsatzanlässe im entsprechenden Bereich bekannt geworden. Im Rahmen der Streifenfahrt in Schrittgeschwindigkeit wurde ein dumpfer Schlag gegen den FuStKw von den PVB wahrgenommen, der von einem Flaschenwurf herrührte. Das Dach des FuStKw wurde hierdurch leicht beschädigt (Kratzer/Delle). Ein Flaschenwerfer und eine Wurfrichtung konnten nicht ausgemacht werden. Ein möglicher Täter konnte bislang nicht ermittelt werden. Aus einsatztaktischen Gründen zogen sich die PVB zunächst aus dem Bereich zurück. Es kam hier zu keinen fortgesetzten Unmutsäußerungen oder weiteren Flaschenwürfen. Der Sachverhalt wurde



unmittelbar über Funk bekannt gegeben und starke Polizeikräfte unter Führung der DGLin der PW Sülz wurden im Nahbereich gesammelt. Die im Nachgang zu polizeilichen Einsätzen in der Vergangenheit in dem Bereich eingerichtete Zusatzbeleuchtung wurde durch die Leitstelle der KPB Köln unmittelbar über den Energieversorger eingeschaltet, um die polizeilichen Maßnahmen zu unterstützen. Aufklärungsergebnisse vor Ort zeigten, dass es sich bei den Personen zum größten Teil um Jugendliche und junge Erwachsene handelt, die Musik hörten und Alkohol konsumierten. Die Grundstimmung war in Teilen friedlich feiernd, der überwiegende Teil konnte jedoch als aggressiv und aufgebracht gegenüber den Einsatzkräften beschrieben werden.

Aufgrund der Feststellungen wurde zur Verhinderung von Straftaten die Entscheidung getroffen, den betreffenden Bereich der Parkanlage zu räumen. Durch die polizeilichen Einsatzkräfte wurden angetroffene Personen zum Verlassen des Grüngeländes aufgefordert. Entsprechende Durchsagen mittels Lautsprechern erfolgten mehrfach. Alle Personen kamen den Aufforderungen nach. Teilweise wurden Unmutsäußerungen bezüglich der ausgesprochenen Platzverweise getätigt. Im Rahmen der Maßnahmen soll es zu weiteren Flaschenwürfen gekommen sein. Ermittlungen hierzu bei den PVB ergaben, dass diese Würfe augenscheinlich von Einzelpersonen erfolgt sind. Ein Mitarbeiter des Ordnungsamtes wurde durch einen Flaschenwurf leicht verletzt. Es entstand kein Sachschaden. Das Verhalten wurde durch die PVB nicht als versuchte gefährliche Körperverletzung bewertet. Von welchen Personen Flaschen geworfen wurden, konnte nicht festgestellt werden.

Gegen 23:30 Uhr war der Bereich um den Aachener Weiher geräumt. Die Personen verließen in Kleingruppen den Bereich. Bis in die Morgenstunden wurde eine Nachaufsicht durchgeführt und die Zusatzbeleuchtung



eingeschaltet gelassen. Die Stadt Köln war in die beschriebenen Maßnahmen durch einen Mitarbeiter des Ordnungsamtes beteiligt, der im Rahmen der Sondereinsatzmaßnahmen „Ordnungspartnerschaft Ringe (OPARI)“ mit vor Ort war. Zusätzlich wurde der betroffene Bereich durch zwei Teams des Ordnungsamtes unabhängig von den beschriebenen Einsatzmaßnahmen regelmäßig bestreift.

Die KPB Köln reagiert auf diesen und ähnliche Sachverhalte ebenfalls mit einer Kräfteerhöhung im Rahmen der bereits bestehenden tragfähigen Präsenzkonzeption. Auch die Zusammenarbeit mit der Stadt Köln ist zielführend und lageanpasst. Dazu zählen insbesondere die Netzwerk- und Gremienarbeit, Gesprächskreise sowie anlassbezogene Treffen bzw. Ortstermine.

Die Stadt Köln hat bereits Mitte Juni 2021 an einigen Standpunkten im Bereich des Aachener Weihers Lichtmasten aufgestellt, die im Bedarfsfall in den Abendstunden eingeschaltet werden und einen großen Bereich der Grünfläche am Weiher ausleuchten. Das Ausleuchten führt in der Regel dazu, dass die Feiernden aufgrund der mangelnden Attraktivität die Örtlichkeit verlassen und die Lage für die Einsatzkräfte deutlich übersichtlicher wird. Zudem wurden die Einsatzzeiten der gemeinsamen Streifen von Polizei und Ordnungsamt nach vorne verlegt, um bereits die Ansammlung größerer Menschengruppen von Beginn an zu verhindern. Auf ergänzende Initiative der KPB Köln wurden darüber hinaus durch die Stadt Köln noch weitere Scheinwerfermasten installiert, die es ermöglichen, den relevanten Bereich zukünftig nahezu umfassend auszuleuchten. Der Ordnungsdienst erarbeitet regelmäßig Kampagnen, welche die Arbeit des Ordnungsdienstes erläutern, Befugnisse klarstellen und so insgesamt zu mehr Verständnis und Respekt bei den Bürgerinnen und Bürgern führen sollen.





## Bewertung

Die bundesweit sinkenden Inzidenzwerte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie führten im Frühjahr bzw. zu Beginn des Sommers sukzessive wieder zu Lockerungsmaßnahmen im öffentlichen Leben. In Verbindung mit einer begünstigenden Witterungslage und den bereits Monate währenden Einschränkungen von Freizeitaktivitäten ist insbesondere in größeren Städten in Nordrhein-Westfalen (NRW) eine stark ansteigende Zahl konzentrierter Menschenansammlungen und Zusammenkünfte im Bereich der Gastronomie sowie von öffentlichen Plätzen und Grünanlagen zu verzeichnen gewesen. Die Bereitschaft zu delinquentem und gewaltsamem Verhalten aus dem Schutz von Menschenansammlungen potenziert sich dabei mit zunehmendem Alkoholkonsum. Inwiefern diese Entwicklung möglicherweise nur eine temporäre Erscheinung ist, kann nicht belastbar bewertet werden.

Ich komme abschließend zu der Bewertung, dass die dargestellten umfangreichen Maßnahmen sowohl der KPB Düsseldorf als auch der KPB Köln in Zusammenarbeit mit den Ordnungsdiensten der jeweiligen Kommunen lageangepasst und sachgerecht sind. Die Polizei NRW ist zur Bewältigung der o.a. Einsatzlagen konzeptionell, lageangepasst und ortsbezogen aufgestellt. Die KPB beobachten und bewerten fortlaufend die Lageentwicklungen und erstellen aufbauorganisatorische sowie einsatztaktische Konzeptionen und schreiben diese fort. Insbesondere bei vorliegenden Erkenntnissen sowie einer prognostizierten Einsatzverdichtung, wie es regelmäßig an Wochenenden und vor Feiertagen der Fall ist, wird ein entsprechend angemessener Kräfteinsatz gewährleistet.